

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Bfg. Melamen 30 Bfg. Wertgebühren und Auskunftsbeiträge 30 Bfg. Bei anstandsloser Bezahlung oder Kontokorrent ist jeder Rabatt einlöslich. Nachdruckverbot ohne schriftliche Genehmigung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12 742 * Fernsprecher 21 08.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 Mk. einchl. Trägerlohn. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Entschädigung.

Beitragen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Randfunk

Nr. 192

Mittwoch 17. August 1932

35. Jahrgang

Samstagskolumnen.

11. August 1932.

Einleider Vergleich.

Nichts scheint uns so sehr und so gut die wirkliche geistige Bedeutung des Führers der NSDAP zu kennzeichnen, als die Tatsache, daß er seine Absichten und den Umfang seiner Ansprüche und Forderungen in der entscheidenden Besprechung mit dem Herrn Reichspräsidenten am letzten Samstag nur mit Hilfe historischer Parallelen ausdrücken vermocht hat. Man weiß schon von anderen Gelegenheiten her, daß Herr Hitler es dem Diktator Italiens gerne gleich tun möchte und bei allen möglichen Anlässen, die an ihn herantraten und eine Entscheidung von ihm verlangten, schaut er erst nach Rom und blättert erst im Buche der jüngsten italienischen Geschichte, zu sehen, was sein großes Vorbild Mussolini in ähnlichen Fällen wohl getan haben mag. Das kann Herr Hitler natürlich halten, wie es ihm gefällt; aber nichts soll uns hindern, zu sagen, daß dies eine Arbeit ist, die einem Geschichtsforscher gewiß wohl ansteht, aber sicherlich nicht einem Staatsmann. Der fragt in entscheidenden Augenblicken nicht danach, was einer getan hat, den er vielleicht besonders verehrt, sondern der handelt, und er handelt so, wie es die staatspolitischen Möglichkeiten und Umstände im Augenblick verlangen und als notwendig erscheinen lassen. Mussolini ist das beste Beispiel dafür. „Die Politik ist kein Theaterstück“, für das die Rollen schon geschrieben sind“, schrieb ein großes süddeutsches Blatt dieser Tage zu dem Verhalten des Herrn Hitler außerordentlich treffend. Daß übrigens sein Vergleich nach mehr als einer Seite hin hinkt, muß sich der Führer der NSDAP dazu auch noch sagen lassen; denn abgesehen davon, daß ein „Marsch auf Berlin“ wie der Marsch auf Rom vorerst noch nicht stattgefunden hat, ist darauf hinzuweisen, daß Mussolini, als er das amtierende Ministerium stürzte, auf die Hand des Königs die Verfassung neu beschworen und dann ein Koalitionsministerium gebildet hat, in dem unter 10 Ministern nur drei aus den Reihen seiner Parteifreunde saßen. Herr Hitler sollte sich also den Werdegang seines Vorbildes etwas genauer ansehen; vielleicht daß er doch noch etwas daraus lernen könnte, was ihm auch in der gegenwärtigen Situation von Nutzen sein könnte!

„Revolution von oben“.

Hat der Reichspräsident eben mit Entschiedenheit ein Experiment abgelehnt, das auf einen Verfassungsbruch hinausgelaufen wäre, so wird jetzt von deutschnationaler Seite nichts anderes gefordert. Die Deutschnationalen mit ihren 37 Abgeordneten sind, wahrscheinlich zusammen mit den paar Volksparteilern, die es noch gibt, die einzige Partei, die das Kabinett von Papen stützt. Alles andere ist Opposition. Und diese kleine politische Gruppe — 37 von 608 Abgeordneten — geht jetzt darauf hinaus, die Reichsregierung zum Staatsstreich anzufeuern. Im Hugenbergschen „Tag“ hat nämlich, wie wir gestern bereits mitteilen konnten, der deutschnationale Landtagsabg. Borch zu der durch die Absage der NSDAP geschaffenen Lage unter der Überschrift „Klärung?“ in einem Artikel Stellung genommen, der in einer Vorbemerkung als die Stellungnahme der DNVP bezeichnet wurde. Es hieß darin u. a.: „Die Regierung Papen wird sich jetzt klar werden müssen, daß es für sie keine Stützung auf parlamentarischen Gebiete mehr gibt. Nachdem die größte nationale Partei sich der positiven Mitarbeit an der Regierung vom Parlamentarismus verjagt hat, muß die Regierung, gestützt auf ihre eigene Verantwortung, auch vor der Revolution von oben nicht zurückweichen. Dazu wird es aber notwendig sein, daß jetzt alle hemmenden Kräfte, die noch in den Regierungsteilen vorhanden sind, rücksichtslos ausgeschaltet werden. Nur rücksichtslos

Supraden und Edmenschen passen in diesem Kabinett. Der Kanzler, der heute eine so große Macht hat, wird, wenn er zeigt, daß er sie allen zum Trost halten will, die Menschen, denen Partei nichts, Deutschland aber alles ist, hinter sich haben. Will die Reichsregierung so handeln, dann ist eine Klärung erfolgt.“

Allerdings wäre dann eine Klärung erfolgt. Aber die Klärung mit Hilfe einer Revolution von oben würde, wie bereits bemerkt, nichts anderes als ein Staatsstreich sein, und das deutsche Volk würde sich dieser „Klärung“ wohl doch noch zu erwehren wissen.

Man sollte meinen, daß die Deutschnationalen etwas stärker die Erinnerung an den Putz ihres Gesinnungsgegners Kapp und seinen Mißerfolg pflegten. Beachtlich ist auf jeden Fall, wie dieser Kreis um Hugenberg nicht davor zurückschreckt, den Reichspräsidenten erneut in die Zange zu nehmen. Die Persönlichkeit Hindenburgs aber bietet doch dagegen genug Garantie, daß er sich nicht zum Werkzeug von Verfassungsbrechern machen läßt, von welcher Seite sie sich ihm auch nähern mögen.

Man sollte meinen, daß die Deutschnationalen etwas stärker die Erinnerung an den Putz ihres Gesinnungsgegners Kapp und seinen Mißerfolg pflegten. Beachtlich ist auf jeden Fall, wie dieser Kreis um Hugenberg nicht davor zurückschreckt, den Reichspräsidenten erneut in die Zange zu nehmen. Die Persönlichkeit Hindenburgs aber bietet doch dagegen genug Garantie, daß er sich nicht zum Werkzeug von Verfassungsbrechern machen läßt, von welcher Seite sie sich ihm auch nähern mögen.

Reichsregierung und Arbeitsbeschaffung.

Die Beratungen des Kabinetts — Schwierigkeiten in der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms — Wird man den Brüning-Plan fallen lassen? — Fortgang der Debatte über die Regierungs-Umbildung.

Arbeitsbeschaffung ohne Geld?

(—) Die Pläne der Reichsregierung zur Beschaffung von Arbeit werden allmählich durchsichtiger und man kann die Bedenken nicht verschweigen, die die einzelnen Projekte hervorrufen müssen. Beim eigentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm durch Förderung von Straßenbau, Wohnungsbau, Oberbauarbeiten der Reichsbahn, Ziedlungsförderung usw., handelt es sich nur um die sog. „kleine Arbeitsbeschaffung“, d. h. um den zweiten Teil des Programms, für das die Regierung 335 Millionen Mark in Aussicht genommen hat. Man wird diesmal für die Arbeitsbeschaffung kaum mehr als 200 Millionen Mark ausgeben. Daß diese Summe nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein ist, steht von vornherein fest und man würde gut daran tun, im Volk nicht Hoffnungen hervorzurufen, die am Ende unbegründet sind.

Zu einer groß angelegten Arbeitsbeschaffung aber wird das Kabinett von Papen-Schleicher schon deshalb nicht kommen, weil nicht einmal die für das Minimalprogramm notwendigen 200 Millionen Mark vorhanden sind. Für die Finanzierung bleibt nur der Ausweg der Zinssprachnahme der Reichsbank, die zwar bereit ist zu helfen, so lange für die Währung keine Gefahr besteht.

Die Reichsregierung wird in diesen Tagen wieder mit Projekten befüllt, die nichts anderes als die Ausgabe von Reichsschatenscheinen, die Herbeiführung einer Marktabwertung und ähnliches zum Ziele haben. Es ist nur zu wünschen, daß Reichsbank und Reichsregierung über solche Pläne zur Tagesordnung übergehen, denn was hier verlangt wird, ist nichts anderes, als Geldbeschaffung durch inflationistische Kredite. Wenn, wie behauptet wird, die Reichsbank bereit ist, solche Arbeiten zu finanzieren, bei denen ein Rückfluß der auf Wechsel gegebenen Kredite nach fünf Vierteljahre zu erwarten ist, dann ist das allein schon ein sehr weites Entgegenkommen. Eine weitere Möglichkeit zur Arbeitsbeschaffung sieht die Reichsregierung zweifellos in einer durch Tariflockerung zustandekommenen Lohnsenkung. Die Pläne im einzelnen liegen noch nicht vor, so daß sich ein endgültiges Urteil noch nicht fällen läßt. Es ist aber selbstverständlich, daß der Begriff Deflation in dem Programm der Regierung ebenso wenig zum Ausdruck kommen darf, wie der Begriff Inflation.

Es hat den Anschein, als ob in dieser Woche noch nicht mit der Darlegung der Pläne der Reichsregierung zu rechnen ist. Abgesehen davon, daß die Einzelheiten des Gesamtplanes noch nicht festliegen, dürfte man auch in Kreisen der Regierung eingeschätzt haben, daß in dem Augenblick, wo man die Brüninglinie der Mittelbeschaf-

fung durch Anleiheauslegung verläßt, das ganze Projekt an den Finanzierungsschwierigkeiten zu scheitern droht.

General von Schleicher Kanzler?

Berlin, 16. Aug. (Eig. Meld. und Berl. Bertr.) Die Reichsregierung hat sich am Montag eingehend mit der innenpolitischen Lage beschäftigt. Ueber die Feststellungen, die sie getroffen hat und über ihre Auffassung über künftige Entwicklungsmöglichkeiten verläutet nicht das geringste. Es scheint aber doch, daß die Regierung an dem Gedanken der Präsidialregierung festhalten wird. Da aber schon jetzt die Aussichtslosigkeit des Kabinetts Papen gegenüber dem Reichs-

Krieg der Erklärungen.

Man „erklärt“ sich über die heißen Tage hinweg. — Hugenberg weiß Goebbels in seine Schranken zurück.

Die Nationalsozialistische Partei dementiert.

München, 16. Aug. Die Pressestelle der nationalsozialistischen Reichsleitung teilt mit: „Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Versprechen abgegeben, die Regierung von Papen nach den Wahlen zu tolerieren, und nun dieses Versprechen nicht gehalten, ist un wahr. Ebenso un wahr ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, Hitler habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Übergabe der gesamten Regierungsgewalt in vollem Umfang gefordert.“

Dem entgegen stehen die bestimmten und klaren amtlichen Verlautbarungen der Reichsregierung. Man schiebt solche eindeutigen Erklärungen nicht einfach beiseite, indem man einfach erklärt, sie seien un wahr. Das muß man dann auch beweisen. Wir warten noch auf diesen Beweis durch Hitler und die NSDAP!

Hugenberg gegen Goebbels.

Eine scharfe Erklärung. Berlin, 16. Aug. Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung:

Der Reichspräsident hat die jetzige Reichsregierung ohne Fühlungnahme mit den Parteien und ohne deren Mitwirkung gebildet. Ebenso ist bekannt und steht fest, daß er bei seinem Entschluß, Herrn Hitler nicht die Machtvollkommenheiten eines Mussolini zuzuerkennen, die Herr Hitler bei seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten verlangt hat, von niemand bera-

ten oder beeinflusst worden ist. Trotzdem bringt es der Angriff, für den Herr Dr. Goebbels verantwortlich zeichnet, in seiner Nr. 164 vom 15. August fertig, den Entschluß des Reichspräsidenten, den er bei seinem Willen gnädigst „nicht verantwortlich machen will“, auf eine Einbläserei „gewissenloser Intriganten aus dem Hugenberg-Lager“ zurückzuführen.

Die Erklärung zitiert die entsprechenden Stellen aus dem Angriff wörtlich und fährt fort:

Politischer Anstand und politisches Verantwortungsgefühl sollten eine Kampfweise, wie sie dem glorreichen System von 1918 eigen ist, auch dann unmöglich machen, wenn die Wut über eine politische Schlappe die Feder führt. Ein natürliches Gefühl der Selbstachtung verhindert uns, auf die Explosion parteipolitischen Hasses, der eine nationale Schande ist, einzugehen. Die Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, „die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP, ritterlich zu führen, und seiner Verantwortung vor dem Vaterland und vor dem deutschen Volk bewußt zu bleiben“, scheint für Teile der NSDAP nur zu berechtigt zu sein.

Interview mit General von Schleicher.

Berlin, 16. Aug. Reichswehrminister v. Schleicher äußerte in einem Interview folgende bemerkenswerte Äußerungen: „Es gibt Massen von intelligenten Menschen, aber den meisten fehlt es an Willenskraft. Intelligent ist eine Ausstrahlung von Temperament. Hätten wir nur ebensoviel energische Menschen, wie wir geistreiche und tiefinnige haben! Haben Sie bemerkt, wie viele Menschen von ihren

Nerven reden? Immer die Nerven, auf die Rücksicht genommen werden soll! Diese Nervosität ist nichts anderes als Furcht. Wenn die Leute nachts nicht schlafen können, so geschieht es aus Furcht, vielleicht aus Furcht vor der Verantwortung. Die Furcht kenne ich nicht, ebenso wenig wie die Schlaflosigkeit. Unter allen Lebensverhältnissen muß man das Für und Wider abwägen, aber wenn man einen Beschluß gefaßt hat, muß man ihn auch durchführen, um jeden Preis, koste es, was es wolle, ohne vor einem Hindernis zurückzuweichen. Um ein Führer der Menschen zu sein, muß man nicht eine billige Skepsis, sondern einen gewissen Synismus haben. Das ist es, was hervorragende Persönlichkeiten auszeichnet.

Es ist nicht immer die strenge Objektivität, die unerbittliche Handlungsweise, die den überlegenen Menschen auszeichnet. Es gehört Leichtigkeit und Geschmeidigkeit dazu, um die ersten Probleme zu meistern. Eine letzte Frage stellte der Besucher: „Man sagt, Sie seien die Seele dieses Kabinetts?“ Die Seele? Nein! Vielleicht sein Wille.“

Der Leiter der Reichspressabteilung zurückgetreten.

WTB Berlin, 16. Aug. Der Leiter der Pressabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. von Kaufmann, wird auf seinen eignen Wunsch wieder in den auswärtigen Dienst zurückkehren und demnächst einen Auslandsposten übernehmen. Der Reichsminister hat dem Reichspräsidenten als künftigen Leiter der Pressabteilung den bisherigen Presse-Referenten des Reichswehrministeriums, Major Marack, in Vorschlag gebracht.

Arbeitsbeginn im neuen Reichstag.

Berlin, 16. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungswirte meldet, werden noch in dieser Woche die parlamentarischen Arbeiten im neuen Reichstag aufgenommen. So hat die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstags ihre erste Fraktionsitzung für Freitag, 19. August, einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Besprechung der politischen Lage und die Beratung der im Reichstag einzubringenden Anträge und Gesetzentwürfe, deren wesentlichen Inhalt wir bereits gemeldet haben.

Am Samstag findet eine Fraktionsführerbesprechung statt, in der über die notwendige technische Umorganisation im neuen Reichstag verhandelt wird. Ueber den Termin der ersten Plenarsitzung des Reichstags ist amtlich noch nichts bekannt, doch dürfte es hierfür beim 30. August bleiben.

Breihen-Parlament am 25. August?

Berlin, 16. Aug. Wie von unterrichteter Seite verlautet, sind Bestrebungen im Gange, den preußischen Landtag für den 25. August zusammenzuberufen. Landtagspräsident Kerrl soll auch bereits seine Zustimmung gegeben haben.

Keine Litauisierung des Memellandes.

WTB Berlin, 16. Aug. (Drahtb.) Der litauische Außenminister Dr. Jaunius und der litauische Gesandte Sidzikauskas, der sein Land bei den Haager Verhandlungen über die Frage der Signatarmächte der Memelkonvention vertreten hat, haben gestern im Staatstheater in Rom in einer öffentlichen Versammlung eingehend über das Haager Urteil gesprochen, das die litauische Regierung bekanntlich als großen Erfolg ihrer Memelpolitik betrachtet. Es lag daher nahe, daß die beiden Redner des Abends versuchten, in das Haager Urteil die Erfüllung der gesamten litauischen Wünsche in der Memelfrage hineinzuinterpretieren. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Behauptung, der Haager Gerichtshof habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Autonomie des Memelgebietes nur ein Übergangsstadium sei, das schließlich einem Aufgehen des Landes in Groß-Litauen Platz machen müsse.

Das sind Gedankengänge, die zwar offenkundig von der litauischen Regierung bisher verfolgt und auch von dem litauischen Vertreter im Haag vorgebracht sind, aber in der Entscheidung des Haager Gerichtshofes keinerlei Stütze finden. Im Gegenteil hat der Gerichtshof festgestellt, daß die Memelkonvention ein internationaler Vertrag ist, an den Litauen gebunden ist, und gegen dessen Nichterfüllung die Signatarmächte jederzeit vorgehen können. Das Memelstatut ist, wie die Entscheidung ausdrücklich erklärt, nicht geschaffen worden, um Rechte auf Litauen zu übertragen, sondern um die Grenzen der Autonomie zu umschreiben, welche die Vertragsstaaten der Memelkonvention zugunsten des Memelgebietes schaffen wollten.

„Ruhe und Ordnung?“ — dumme Phrasen!

So jagte Herr Hitler. — Das Spiel mit der SM. — Selbstsame Drohungen in nationalsozialistischen „Gruppenebefehlen“.

Ein Interview.

WTB Essen, 16. Aug. (Drahtb.) Im Verlauf einer Unterredung mit einem Vertreter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung über seine Berliner Besprechungen äußerte Adolf Hitler zur Frage seiner Haltung zur Regierung von Papen u. a.:

„Er, Hitler, wisse, wie er und seine Bewegung weiterkämpfen würden. Er trete der Regierung von Papen so entgegen, wie er jeder sich national nennenden Regierung bisher entgegengetreten werde. Er unterstütze oder dulde sie solange, als er durch ihre Regierungstätigkeit eine Stärkung der nationalen und Schwächung der marxistischen Front erkennen könne. Im Augenblick, da durch die Maßnahmen einer Regierung auf der nationalen Seite eine Störung, auf der internationalen Seite aber eine Belebung eintrete, würde sie von ihm abgelehnt, ganz gleich, wer immer ihre Männer sein mögen.“

Auf die Frage, ob er die schärfste Opposition der NSDAP gegen die Regierung von Papen angekündigt habe, äußerte Hitler, daß die nationalsozialistische Bewegung gegenüber der heutigen Reichsregierung in die Opposition trete. Die Schärfe dieser Opposition werde bestimmt durch die Größe des Schadens, der durch das Unterbleiben einer Opposition entstehen würde. Die Wahlen vom 31. Juli hätten in dieser Richtung bereits Klar erwiesen, wohin die Regierung von Papen mit ihren heutigen Männern führen werde und führen müsse. Denn auch eine Diktatur sei nur denkbar, wenn sie der Träger eines Volkswillens sei und sicherste Ausföhrer habe, in kurzer und absehbarer Zeit als solcher Träger des Volkswillens erkannt zu werden.

Auf die Frage, ob es für die NSDAP nicht besser gewesen wäre, den Spaten in der Hand zu haben als die Laube auf dem Dach, erklärte Hitler: „Nein, ich werde niemals für ein Zinngericht die Erstgeburt verkaufen. In grundsätzlicherm Sinne nehme ich lieber jeden Kampf und jede Verfolgung auf mich, als daß ich mir oder der Bewegung jemals unrein würde.“

Am Schluß der Aussprache äußerte Hitler auf die Frage, was die Bewegung gegen die politischen Terrorakte zu tun gedenke, es gebe ein Recht der Notwehr, das wir uns auch auf die Dauer nicht abschwächen lassen durch die dummen Phrasen von „Ruhe und Ordnung“. Die Partei kämpfe um die Macht, und ihr Weg werde bestimmt durch die Methoden der Gegner.

Zu Beginn der Unterredung hatte der Berichterstatter die Frage aufgeworfen: „Ist es richtig, daß Sie auf Grund der Unterredung mit Reichspräsidenten von Papen nicht zum Reichspräsidenten gehen wollten? Warum ließen Sie sich dann doch bewegen, der Bitte Hindenburgs nachzukommen?“

Auf diese Frage erklärte Hitler u. a., er habe aus dem Munde des Reichspräsidenten bereits erfahren, daß seine Bedingungen von vornherein schon von dem Reichspräsidenten abgelehnt wären. Damit habe für ihn um so weniger ein Anlaß zu diesem Besuch bestanden, als er sich ja nicht den Herren in Berlin irgendwie aufzudrängen versucht habe. Daß er dennoch zum Reichspräsidenten kam, sei nur der dem Minister Fried seitens des Staatssekretärs der Reichsregierung neuerdings übermittelten telefonischen Erklärung zuzuschreiben, daß ein solcher Beschluß des Reichspräsidenten noch nicht gefaßt sei. Weiter bejahte Hitler die Frage, daß er darauf verzichtet hätte, Hindenburg gegenüber seinen Standpunkt zu vertreten, den er dem verantwortlichen politischen Leiter bereits vorgetragen hätte.

Was ist mit der „beurlaubten“ SM?

WTB München, 18. Aug. (Drahtb.) Im Völkischen Beobachter veröffentlicht Röh ein Aufruf an die SM- und SS-Männer. Darin heißt es u. a.:

Der Führer hat am 13. August ein Ansehen, das hinzunehmen ihm Stolz und Würde und die Anerkennung eurer Kämpfe und Opfer verbieten, zurückgewiesen. Der weitere Weg ist damit vorgezeichnet. Politische Einsichten dämmern langsam; die Macht der Verhältnisse wird jedoch das Tempo beschleunigen. Die Fronten stehen klar: hier NSDAP, dort alle übrigen Parteien und Verbände. Wir kämpfen allein, und diese stolze Erkenntnis kann unseren Kampfesmut nur stärken. Nachentschlossener wird unser Wille, unsere Bedingungen werden härter, wie Einsätze und Opfer sich erhöhen. In berechtigter Abwehr der marxistischen Bluttaten ist in einigen beson-

ders bedrohten und heimgefügten Gebieten scharfe Notwehr und Vergeltung erfolgt. Ich sehe es als meine Ehrenpflicht an, den Männern, die in Ausübung ihres Notwehrrechts gehandelt und deshalb unter Verfolgung der Strafe gestellt wurden, in jeglicher Weise beizustehen. Für die SM und SS tritt nunmehr eine kurze Kampfpause ein. Einige organisatorische Maßnahmen werden in dieser Zeit durchgeführt. Nach dieser wohlverdienten Ruhe stehen auf neuem Befehl SM und SS wieder, ausgerüstet und neu gestärkt, auf ihrem Platz, bereit für die Aufgaben, die ihnen vorbehalten und die ihr unveräußerliches Recht sind.

Der Berliner Gruppenführer der SM, Graf Helldorf, hat an die ihm unterstellten Mannschaften anlässlich der durch die Unterredungen Hitlers vom Samstag geschaffenen Lage einen Aufruf gerichtet, in dem er sie daran erinnert, daß die SM nur dazu geschaffen sei, die Politik des Führers zu unterstützen. Eigene politische Wünsche hätten zurückzutreten. Es habe sich nichts an den Aufgaben geändert. Lediglich der Zeitpunkt sei verschoben worden, an dem die NSDAP die Macht übernehmen werde. Er nehme an, daß bereits in den nächsten Wochen die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen sein dürften. Weiter teilt Graf Helldorf mit, daß bis zum 28. August der SM weitestgehend Urlaub zu gewähren sei. Ab 28. August trete Urlaubs-sperre ein.

Röh bei Schleicher.

WTB Berlin, 17. Aug. Reichswehrminister von Schleicher hat, wie der WZ aus politischen Kreisen berichtet wird, den nationalsozialistischen Stabschef Röh am Montag empfangen.

In Mecklenburg:

Polizei darf politische Abzeichen tragen. WTB Schwerin, 15. Aug. (Drahtb.) Die Mecklenburg-Schweriner Staatsregie-

Kriegsschuldenzahlung im Dezember?

Die Vereinigten Staaten erwarten, daß die Schuldenträger am 15. Dezember die fälligen Raten zahlen. — Für Eventualfälle werden Gegenmaßnahmen erwogen.

Washington, 16. Aug. Hohe Beamte des Schatzamts erklären, die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte, daß die Schuldenträger die am 15. Dezember d. J. fälligen Kriegsschuldenraten an Amerika bezahlen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei nicht in der Stimmung, weitere Anträge auf Zahlungsaufschub zu berücksichtigen. Sie erwarte daher, daß keine derartigen Anträge gestellt würden. Das Schatzamt lasse sich durch die große Stimmungsmache für eine Kriegsschuldenbefreiung nicht beeinflussen.

Die amerikanische Regierung sei davon unterrichtet, daß fast alle Schuldenträger die nächste Jahreszahlung leisten können. Sollte jedoch trotzdem eine Schuldenerniedrigung Zahlungserschleierung beantragen, so würde der Antrag individuell geprüft werden. Durch eine solche Politik würde selbsttätig eine Einheitsfront von europäischen Schuldenträgern ein Hindernis entgegengelegt. Die hohen Beamten betonten, daß die amerikanische Regierung sich schloß halten würde, falls irgendein Schuldner seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte.

Zum Schluß ihrer Ausführungen wiesen sie erneut auf die Spaltung im Kongreß hinsichtlich der Schuldentrage und die Tatsache hin, daß ein Ausfall der Schuldentraten den Ausfall der Vereinigten Staaten über den Haufen werfen würde.

Einigung in Ottawa.

WTB Ottawa, 16. Aug. (Drahtb.) Die grundsätzlichen Bestimmungen eines Abkommens zwischen dem Vereinigten Königreich und Kanada sind, wie von amtlicher Seite verlautet, von den Abordnungen beider Länder angenommen worden und bedürfen nur noch der endgültigen Ratifikation. Auch ein Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der

ung hat den Beamten der Landespolizei das Tragen politischer Abzeichen außerhalb der Unterkunft und außerhalb der Dienstzeit gestattet.

(Das ist „Entpolitisierung“ der Polizei, wie eine Naziregierung sie auffaßt.)

„In zwei Jahren gibt es keinen Nationalsozialismus mehr.“

Ein Wort des bayerischen Bauernführers Dr. Georg Helm.

Dieser Tage richtete der Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes Dr. Sturm an den bekannten bayerischen Bauernführer Dr. Helm die Frage: „Wie denken Herr Geheimrat über die Zukunft des Nationalsozialismus?“

Antwort: „Was ich vor kurzem in einer Zeitschrift festgestellt habe, halte ich aufrecht: in zwei Jahren gibt es keinen Nationalsozialismus mehr. Mit ewigem Neinsagen kann man keine Bewegung halten. Nur Paprikastoff verbirbt den Magen. Während die Vernunft im Krankenhaus liegt, gedeiht das Gewächs der Not. In zwei Jahren wird man von ihm wie von einem bösen Traum sprechen.“

Frage: „Was wird dann geschehen?“ Antwort: „Wenn Hindenburg nicht Präsident wäre, würde ich die Prognose auf Diktatur stellen. Der Reichspräsident hält jedoch den Ehrenwortbruch nicht für erlaubt wie haarkreuzlerische Führer. Ihm geht der Eid auf die Verfassung über alles. Er unterzeichnet einen Akt nur, wenn ihm vorher plausibel gemacht wird, daß er verfassungsmäßig ist.“

Mag sein, daß der temperamentvolle Bayer im Bauernführer Geheimrat Dr. Helm mit der Voraussage, daß schon in zwei Jahren die Welle des Nationalsozialismus sich ganz verlaufen habe, heute als etwas voreilig empfunden wird. Zweifellos trifft aber die Beurteilung der Zukunftslage der Hitlerbewegung den Nagel auf den Kopf. Dafür hat der vergangene Samstag mit Hitlers erneutem Nein gegenüber Hindenburg dem Volke klar gezeigt, wie schlecht seine Sache bei Hitler aufgehoben ist. Die radikalen Hitleranhänger, die von einer Revolution träumen, werden vollends enttäuscht werden. Und die Mehrheit der Hitlerwähler, die gar nicht aus revolutionären Neigungen Hitler gewählt haben, sondern nur weniger Steuern und höhere Einkommen von ihm erhoffen, werden jetzt erkennen, wie weltfremd Hitler ihren Sorgen und Nöten gegenübersteht.

Ausfuhrüberschuß geht weiter zurück.

Im Juli ist der Wert der deutschen Einfuhr auf 366,2 (im Juni 364,4) Mill. RM leicht gestiegen, während die Ausfuhr — hauptsächlich infolge einer starken Abnahme der Fertigwarenausfuhr — auf 432,1 (454,1) Mill. RM zurückgegangen ist. Es ergibt sich also ein Ausfuhrüberschuß von rund 66 (90) Mill. RM.

Verhaftungen in Spanien.

WTB Paris, 16. Aug. Sabas meldet aus Madrid, daß laut Verordnung im Staatsanzeiger der Generallieutenant Barrera, ehemaliger Generalkapitän von Katalonien, aufgefordert wurde, sich binnen acht Tagen im Kriegsministerium zu melden. Barrera, der als Kriegsminister der Gegenregierung Sanjurjo genannt worden war, ist seit Mittwoch aus Barcelona verschwunden. Auch der Brigadegeneral Miquel ist auf demselben Weg aufgefordert worden, sich zu melden.

Die Polizei nimmt weitere Verhaftungen vor. So wurde u. a. in San Sebastian der Herzog Grimaldi festgenommen.

Neue Kämpfe in der Mandschurei.

WTB London, 17. Aug. Daily Express berichtet aus Niutschwang (Mandschurei): Japanische Kriegsschiffe haben heute Truppen der chinesischen Aufständischen bombardiert und zwei Zerstörer haben Abteilungen japanischer Matrosen gelandet. Diese neuen Maßnahmen wurden getroffen infolge von Angriffen auf Niutschwang, das von den Aufständischen umzingelt worden ist.

Kommt ein neues Reichsschulgesetz?

Von Reichshauptkammerpräsident a. D. Marx.

Im Zusammenhang mit unserer gestrigen Veröffentlichung über diese Frage bringen wir nachstehend folgende Ausführungen des Vorsitzenden der kath. Schulorganisation.

Der Reichsinnenminister Dr. von Gahl hat an die Landesregierungen ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Absicht ankündigt, mit ihnen demnächst die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Arbeiten für ein Reichsschulgesetz zu klären. Er wendet sich mit aller Schärfe gegen die politische Verhöhnung der Jugend und sieht das Ziel der Erziehung in der Bildung echter Staatsgesinnung und Volksverbundenheit. Eine solche Erziehung empfangen ihre stärkste innerliche Kraft aus den Wahrheiten des Christentums. Er werde es daher stets als seine besondere Pflicht betrachten, das Recht und die freie Entfaltung der christlichen Schule und die christliche Grundtatsache aller Erziehung zu sichern und zu schützen.

Herr von Gahl wird bei diesen Bestrebungen stets und immerdar der einheitlichen und stärksten Unterstützung des katholischen Volksteils und des Zentrums, selbstredend auch der Bayerischen Volkspartei, die hier immer mit gemeint ist, sicher sein! Die ganze Vergangenheit des Zentrums bürgt dafür!

Eine deutschnationale Korrespondenz nimmt nun auch diesen Vorgang wieder zum Anlaß, die unsinnigen und haltlosen Behauptungen über die Unzulänglichkeit des Zentrums in Sachen der christlichen Schule aufzustellen. So wird ausgeführt, der Minister möge sein Ziel „auch gegenüber dem Zentrum mit stärkstem Nachdruck durchsetzen“.

Das Zentrum hat bis jetzt nie an das Schulgesetz herangewollt und scheint auch heute keineswegs dazu bereit zu sein, die Minderheit auf die Sozialdemokratie fallen zu lassen und sich in der Schulfrage entschieden auf die Seite der Rechten zu stellen.

Es gehört doch wahrhaftig eine große Kühnheit dazu, um solche den Tatsachen direkt ins Gesicht schlagenden Behauptungen aufzustellen! Hat das Zentrum nicht in der entscheidenden Weise die christlichen Interessen bei Beratung der seiner Zeit von Staatssekretär Schulz vertretenen Entwurfs gewahrt und mit bewirkt, daß dieser den christlichen Anforderungen nicht entsprechende Entwurf nicht zur Verabschiedung gelangte? Sobald die Zeit geeignet erschien und endlich die Deutschnationalen ihre törichte Opposition der Republik gegenüber, wenigstens zum Teil aufgegeben und sich bereitgefunden hatten, in die Regierung einzutreten, habe ich als Reichsfunktionär selbstredend in völliger Übereinstimmung mit der Zentrumspartei bereits in der Regierungserklärung vom 3. Februar 1927 die Absicht verkündet, ein Reichsschulgesetz einzubringen, das dem christlichen Kulturbau entsprechen sollte.

Reichsinnenminister war damals Herr v. Kautz, der sicherlich bezeugen wird, daß er jederzeit meine stärkste Unterstützung bei Vertretung meiner christlichen Ziele gefunden hat. Das Gesetz, das er vorlegte, entsprach zwar nicht allen auf christlicher Seite gehegten Wünschen, war aber durchaus wert, verabschiedet zu werden. Wer hat sein Zustandekommen verhindert? Eine Rechtsparität, die Deutsche Volkspartei und zwar, weil sie einen Antrag einbrachte, der die Einführung der Konfessionsschule in den sog. Simultanschulen für alle Zeiten ausschloß. Der Antrag wurde von der Sozialdemokratie unterstützt und daher im Ausschuss des Reichstags angenommen. Wie antwortete das deutschnationale Ansinnen in der Schulfrage „anzuverlässige“ Zentrum auf dieses Vorgehen? Das Zentrum erklärte das Vorgehen der Deutschen Volkspartei als Bruch der bestehenden Koalition! Ich legte aus demselben Grunde mein Kankleramt nieder!

Einen stärkeren Beweis für meine Überzeugung in der Schulfrage konnte doch wohl die Zentrumspartei nicht erbringen! Es muß schlecht um die Deutschnationale Partei bestellt sein, wenn sie ihr Heil in wahrheitswidriger Hege gegen das Zentrum sucht! Wir wollen einmal allen Ernstes feststellen:

Es kommt nicht darauf an, in lauten Tönen zu verkünden: wir werden ein Reichsschulgesetz beantragen! Es kommt auch nicht einmal so sehr darauf an, ein Reichsschulgesetz schlechthin zustande zu bringen: Sondern es gilt, ein möglichst gutes Schulgesetz zu verabschieden, das auch den Anforderungen katholischer und christlicher Eltern entspricht! Um das zu erreichen, muß aber die nötige Mehrheit im Reichstag gefunden werden! Es kommt stets zur Erreichung politischer Erfolge auf den richtigen Zeitpunkt an, wann der Versuch, sie zu erringen, unternommen wird. Es

kommt dabei nicht auf parteipolitische Schlagworte an, sondern auf ruhige und kluge Überlegung! Das Zentrum hat deshalb nach 1928 es unterlassen, auf ein Reichsschulgesetz zu dringen, einmal, weil wahrhaftig andere ernste Sorgen brennend einer Lösung harren, weil auch in den meisten und größten deutschen Staaten, wie in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg die Schulverhältnisse zufriedenstellend geordnet sind, dann aber auch, weil im Reichstag keine Mehrheit vorhanden war, die die Durchsetzung christlicher Grundsätze wenn auch nur wahrscheinlich machte!

Die Deutschnationalen sollten, statt in unsinniger und demagogischer Weise das Zentrum zu verdächtigen, sich einmal allen Ernstes die Frage vorlegen: Wie soll die Mehrheit gefunden werden, um zur Zeit im Reichstag christlichen Ideen zum Siege zu verhelfen? Sie selbst haben sich infolge der eigenjüngigen und törichten Politik der letzten Jahre selbst ruiniert. Bei der letzten Wahl haben sie wieder fünf Mandate verloren. Wo ist die konservative Partei geblieben, die mit dem Zentrum eine Mehrheit zur Verwirklichung christlicher Ideale bilden könnte? Sie ist durch die Schuld früher Epigonen leider zu einem Grüppchen geworden, das sich als Höriger der Nationalsozialisten gebärdet!

Wo ist, so fragen wir die Mehrheit im jetzigen neuwählten Reichstag, die das Zustandekommen eines christlichen Grundgesetzes entsprechenden Schulgesetzes als wahrscheinlich erscheinen läßt? Die nationalsozialistische Partei wird man doch wohl nicht als Anhänger der Konfessionsschule betrachten wollen? Sie, die in schärfster Weise für die „deutsche Schule“ eintritt, das ist nach wiederholten Erklärungen maßgebender Kreise die Simultanschule! Ja, wir wollen noch weiter gehen, weil wir endlich müde sind, uns stets von irgend einer deutschnationalen Seite verleumden zu lassen: Ist denn die deutschnationale Partei selbst ganz einig in dem Verlangen nach konfessioneller Schule. Sind in Baden z. B. nicht gerade die Deutschnationalen die beständigen Verteidiger der Simultanschule? Sind nicht auch außerhalb Badens Teile der Deutschnationalen bereit, sich auf die „christliche Simultanschule“ zurückzuziehen?

Wie soll ein christliches Schulgesetz im gegenwärtigen Reichstag zustande kommen, in dem nicht ohne Schuld der Deutschnationalen eine nationalsozialistische Partei in der Stärke von 230 Abgeordneten sitzt? Von den rund 600 Reichstagsabgeordneten sind einschließlich der Deutschnationalen im Ganzen 155 als Vertreter der Konfessionsschule anzuspitzen!

Unter diesen Umständen scheint es uns ernste Pflicht zielbewußter und gewissenhafter Abgeordneter zu sein, sich sehr wohl zu überlegen, welches Schicksal der Entwurf eines Reichsschulgesetzes erleben wird!

Noch ein zweiter Punkt muß hier behandelt werden, der auch von deutschnationaler Seite fortgesetzt zu Angriffen gegen das Zentrum benutzt wird: Das Zentrum soll die weltliche Schule, die völlig religionslose Schule schützen! Die Deutschnationalen dagegen werden geprie-

sen, daß sie den Antrag beim Preussischen Landtag eingebracht haben, die in Preußen bestehenden Sammel Schulen aufzuheben! Wo hat das Zentrum jemals die weltliche Schule geschützt? Es wird den Deutschnationalen schwer fallen, dafür auch nur den geringsten Beweis zu erbringen! Das Zentrum hat sie bei Beratung der Verfassung und der Entwurfe eines Reichsschulgesetzes ebenso ertragen, wie sie der deutschnationale Reichsinnenminister v. Kautz in seinem Entwurf ertragen hat, um damit zugleich auch die konfessionelle Schule zu erhalten.

Ja, schrecklich ist es, zu sagen: In dem Initiativantrag, den die Deutschnationalen unterm 12. Juli 1923 beim Reichstag einbrachten, stehen als „Formen der deutschen Volksschule“ nebeneinander aufgeführt: a) die Gemeinschaftsschule, b) die Bekenntnisschule, c) die bekenntnisfreie Schule (weltliche oder Weltanschauungsschule). — Was ist das anderes als „Schutz der weltlichen Schule“?

Wenn aber die Deutschnationalen sich damit brüsten, einen Antrag auf Aufhebung der sog. Sammel Schulen in Preußen eingebracht zu haben, so müßten sie sich mit Recht einmal fragen, ob dieser Antrag nicht einen äußerst gefährlichen Weg darstellt und seine Durchführung eine schwere Gefahr für die konfessionelle, ja die christliche Erziehung der Jugend bedeutet! Die Sammel Schulen sollen diejenigen Kinder aufnehmen, die nach der Bestimmung ihrer Eltern am Religionsunterricht nicht teilnehmen sollen, eine Willenserklärung der Eltern, zu der diese nach Art. 140 der Reichsverfassung berechtigt sind. Diese Sammel Schulen gelten rechtlich als konfessionelle Schulen, wie sie bisher gewesen sind. Denn das Preussische Volksschulunterrichtsgesetz kennt nur konfessionelle und Simultanschulen, aber keine weltlichen, religionslosen Schulen. Glaubt man nun allen Ernstes auf Seiten der Deutschnationalen, die christliche Erziehung der Kinder wäre besser gesichert, wenn die Kinder gemeinsam mit solchen Kindern eine Schule besuchen, die nach dem Willen ihrer Eltern Religionsunterricht nicht genießen sollen? Kennt man nicht die Gefahr der Zellen gottloser Kinder, wie sie von kommunistischer Seite geplant und schon mehrfach in die Erscheinung getreten sind?

Die Deutschnationalen sind also gewillt, für christlich zu ersiehende Kinder diese Gefahr erst recht herauf zu beschwören! Sie machen es ja den Gottlosen noch besonders leicht, ihre satanischen Pläne auszuführen! Denn nach Annahme des deutschnationalen Antrages dürfte kein Kind mehr aus einer konfessionellen Schule ausgeschult werden, selbst wenn es nicht am Religionsunterricht teilnehmen soll. Der deutschnationale Antrag unterstützt geradezu die unheilvollen Pläne der Kommunisten! Man kann wirklich nicht begreifen, wie vernünftige Eltern ein solches für die christliche Erziehung der Kinder ungemein gefährliches Vorgehen für zweckmäßig halten können!

Man sieht wieder einmal, welche Früchte blinder Parteilichkeit und verblendetes, demagogisches Vorgehen hervorbringen kann! Bei solch unüberlegtem und törichtem Vorgehen der Deutschnationalen kann man es sehr wohl verstehen, warum immer mehr von den an sich nicht zahlreichen Katholiken, die sich noch parteimäßig zu den Deutschnationalen rechnen, das sinkende Schiff dieser untergehenden Partei verlassen!

Preussische Regierungsverhandlungen Ende der Woche?

BDZ Berlin, 16. Aug. In unterrichteten parlamentarischen Kreisen wird dem Nachrichtenbüro des BDZ erklärt, daß man vermutlich Ende dieser Woche bereits klarer sehen könne über die Neubildung der preussischen Regierung. Man ist in diesen parlamentarischen Kreisen optimistisch in bezug auf das Zustandekommen von Regierungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum. Wie es heißt, sollen die vom Zentrum angeregten Verhandlungen mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten Ende der Woche stattfinden.

Wir geben diese Meldung mit allen Vorbehalten wieder. Eine Bestätigung seitens der Zentrumsparität liegt uns noch nicht vor.

Keine „Staatskommissare“ für Gemeinden.

DNB Berlin, 16. Aug. Der Deutsche Städtetag teilt mit: Durch Pressemitteilungen über die Bestellung von „Staatskommissaren“ für preussische Gemeinden zum Zweck der Sicherstellung des Staatseinkommens in der Öffentlichkeit ist der irrtümliche Eindruck erweckt worden, als ob neue Eingriffe in die Selbstverwaltung vor sich gingen. Es wird demgegenüber als ausgeschlossen bezeichnet, daß die preussische Staatsregierung vor habe, Staatskommissare für die Gemeinden einzusetzen. Es könne sich nur darum handeln, daß für diejenigen Gemeinden, die mit der Ablieferung der Staatssteuer im Rückstand sind, Staatsbeamte den besonderen Auftrag erhalten, für die laufende Ablieferung der ausstehenden Staatssteuern beizutragen.

Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten

DNB Altona, 16. Aug. (Eig. Meld.) Zu den Ermittlungen über die Handgratnationsanschlüsse in Schleswig-Holstein verurteilt von amtlicher Seite, daß gestern auch der in den neuen Reichstag gewählte Nationalsozialist Robert Altona verhaftet worden ist, der Führer der vierten SS-Standard ist, in deren Bereich sich sämtliche Anschlüsse ereigneten. Eine Verletzung der Abgeordneten-Immunität kommt nicht in Frage, da die Sitzungsperiode des Reichstags noch nicht begonnen hat.

Der Ohlauer Prozeß.

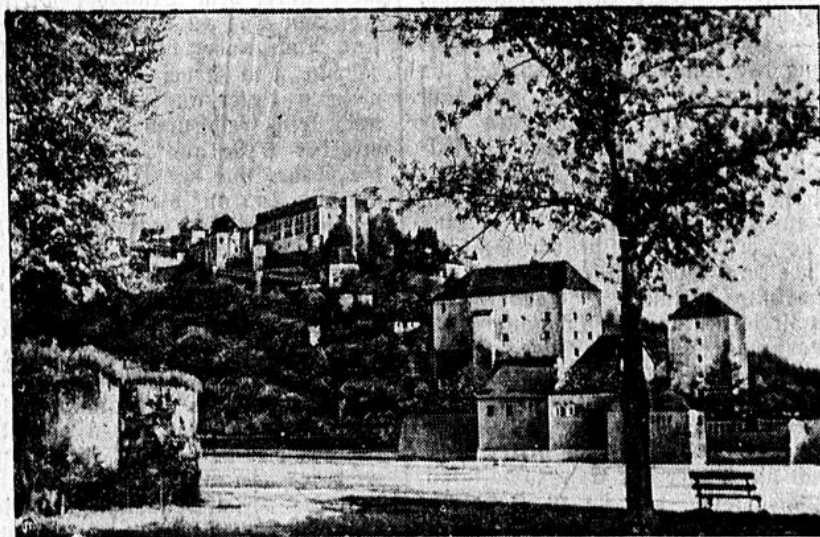
BDZ Briesg, 16. Aug. Im Ohlauer Prozeß wurden heute 40 Zeugen; unter ihnen verschiedene bei dem Aufruhr Mißhandelte, verhört. Zunächst bestand die Absicht, noch weitere 20 Zeugen zu vernehmen. Gegen 6 Uhr abends brach jedoch eine Angeklagte zusammen. Nach einer kurzen Pause protestierte die Verteidigung gegen eine weitere Verhandlung in dem sehr heißen Raum. Das Gericht beschloß schließlich, die Verhandlung auf Mittwoch zu verschieben.

Politische Schlägerei in Duisburg.

BDZ Duisburg-Samborn, 16. Aug. Zwischen Angehörigen der SPD und der NSDAP kam es heute gegen 2 Uhr früh zu einem Zusammenstoß, bei dem es mehrere Verletzte gab. Als zwei Polizeibeamte einschreiten wollten, wurden diese bedroht, sodaß einer von ihnen gezwungen war, zweimal zu feuern. Sechs Personen, die an der Schlägerei beteiligt waren, wurden festgenommen und ins Polizeigefängnis eingeliefert. Sie werden sich vor dem Sondergericht zu verantworten haben.

Politische Zusammenstöße in Berlin.

DNB Berlin, 16. Aug. (Drathb.) Im Laufe des heutigen Nachmittags kam es an den verschiedensten Stellen der Stadt zu politischen Zusammenstößen. In den meisten Fällen konnten die Anspannungen im Keime erstickt werden, ohne daß die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Nur in einem Falle ist ein Verletzter zu verzeichnen. Ein Polizeibeamter, der von mehreren Zivilpersonen tätlich angegriffen wurde, wurde bei der Verfolgung der Täter aus der Menschenmenge beschossen. Darauf machte er auch von der Schußwaffe Gebrauch. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Mann durch einen Oberschenkelsschuß verletzt, doch konnte noch nicht festgestellt werden, ob durch einen Schuß des Beamten oder durch einen der Schüsse, die aus der Menge abgegeben wurden. Bei den Zusammenstößen in den verschiedenen Stadtteilen wurden insgesamt 18 Personen festgenommen.



Von der Bergfestung zum Heimatmuseum.

Die alte Bergfestung Oberhaus in Passau ist jetzt zu einem Heimatmuseum umgestaltet, der Öffentlichkeit übergeben worden.

Passau und seine Umgebung sind besonders reich an historischen und prähistorischen Funden aller Art.

Aus der Welt des Arbeiters

Arbeitszeitverkürzung?

WAB. Die Frage, ob durch Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit gemindert werden kann, beschäftigt die Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in allen Teilen der Welt. Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die 16. Internationale Arbeitskonferenz eine Entschließung angenommen hat, in der eine Verkürzung der Arbeitszeit empfohlen und jede Politik der Arbeitszeitverkürzung beurteilt wird. Der leitende Gedanke dieser Entschließung ist der, daß es durch eine Begrenzung der Arbeitszeit möglich sei, den Rhythmus der Produktion der Konsumgüter anzupassen, und daß die Beschäftigungsmöglichkeiten in dauernder Weise auf eine größere Anzahl von Personen verteilt werden, wodurch eine Wiedereinstellung zahlreicher Arbeitsloser möglich würde. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wird daher aufgefordert zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die gesetzliche 40-Stundenwoche für die industriellen Länder in Aussicht zu nehmen.

Der Korporationsrat in Italien hat sich ebenfalls mit dieser Frage befaßt und eine von Arbeitgeber und Arbeitnehmern unterstützte Entschließung angenommen, in der gesagt wird, daß die Frage der Möglichkeit einer zwangsläufigen Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich in allen Betrieben und Verwaltungsstellen so schnell als möglich geprüft werden solle, damit auch internationale Vereinbarungen dieser Art abgeschlossen werden können. Ferner hat sich der Senator Agnelli, der Präsident der Fiat-Fabrik, in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten dahingehend geäußert, die moderne Produktionsweise mache die 36stündige Arbeitswoche ohne Lohnkürzung zu einer dringlichen Notwendigkeit. Die Maßnahme müsse jedoch international durchgeführt werden. Er wies unter Bezugnahme auf das Washingtoner Übereinkommen über den 8-Stundentag darauf hin, daß es durchaus möglich sei, ein internationales Übereinkommen über die 36-Stundenwoche zu schließen, mit der Bestimmung, daß eine relative Erhöhung der Lohnsätze stattfinden müsse.

Welche Entschädigung erhalten die Beisitzer der Arbeitsgerichte?

Die Entschädigungen, die bisher die Beisitzer der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber bei den Arbeitsgerichten erhielten, sind durch die Reichsverordnung vom 17. Februar 1932 neu geregelt worden. Die Entschädigung der Beisitzer setzt sich zusammen aus Verdienstausschlag, aus einer Aufwandsentschädigung, evtl. aus Ueberrichtungsgeld und Fahrlokalen. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer erhalten eine Entschädigung für Verdienstausschlag nach den gleichen Grundsätzen. Die Entschädigung für Dienstausschlag beträgt für jede angesehene Stunde wenigstens 20 Pfg., höchstens aber 1,50 Mk., wobei die Höhe der Entschädigung im Einzelfall unter Berücksichtigung der regelmäßigen Erwerbstätigkeit festgesetzt wird. Außer der Entschädigung für Verdienstausschlag erhalten die Beisitzer für

den mit ihrer Amtstätigkeit verbundenen Aufwand für jeden Sitzungstag eine besondere Entschädigung. Sie beträgt für die Beisitzer der Arbeitsgerichte bei einer Sitzungsdauer bis zu 4 Stunden 1 Mk., bei längerer Sitzungsdauer 3 Mk. Außerdem erhalten Beisitzer, die innerhalb der politischen Gemeinde des Sitzungsortes weder wohnen noch ihren Beruf ausüben, eine weitere Entschädigung von 3 Mk. für den Sitzungstag und jeden weiteren Reisetag. Wird durch die Ausübung des Beisitzeramtes eine auswärtige Ueberrichtung notwendig, so wird auch noch Ueberrichtungsgeld bezahlt. Es beträgt in den so

genannten besonders teuren Orten 6 Mk., in allen übrigen Orten 4,50 Mk. Für Wegestrecken, die mit der Eisenbahn, Schiffen, Kraftpost usw. zurückgelegt werden, werden die wirklich erwachsenen Ausgaben vergütet, jedoch bei Eisenbahnen und Schiffen höchstens der Fahrpreis derjenigen Wagenklasse, für deren Benutzung der Vorsitzende des Arbeitsgerichts nach den landesrechtlichen Vorschriften über Dienstreisen entschädigt würde. Für Wegestrecken, die nicht mit der Eisenbahn, Kraftpost usw. zurückgelegt werden, kann als Fahrgeldentschädigung für jedes angefangene Kilometer 10 Pfg. berechnet werden.

Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Arbeitslosenziffer sinkt. — Die Arbeitslosigkeit steigt. — Zufällige Unterstützung durch die Gemeinden? — Wann kommt das Arbeitsbeschaffungsprogramm?

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die zweite Jahreshälfte hat die Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern um fast 99 000 abgenommen. An dieser Abnahme ist zwar die saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes in etwa mitbeteiligt, und es könnte daraus bei oberflächlicher Betrachtung auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit geschlossen und die Verminderung der Arbeitslosenziffer allein auf die saisonmäßige Besserung zurückgeführt werden. Es ist aber dieser Rückgang der Arbeitslosenziffer bei den Arbeitsämtern nicht allein aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zu erklären. Durch die Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach sechsmonatigem Bezug der Arbeitslosenunterstützung als Voraussetzung für ihren weiteren Bezug ist die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung merklich zurückgegangen. Ein Auscheiden aus der Unterstützung durch das Arbeitsamt bringt in den meisten Fällen, wie die Erfahrung zeigt, mit sich, daß die Ausgeschiedenen ihr Arbeitsgesuch nicht mehr erneuern. Denn weshalb geht heute der größte Teil der Arbeitslosen zu den Arbeitsämtern? Zunächst um am Leben zu bleiben, d. h. die Unterstützung zu erhalten, daneben ist — wer die Stimmung bei den Arbeitslosen kennt — die Hoffnung, durch das Vorgesprechen beim Arbeitsamt auch Arbeit zu finden bei der heutigen Arbeitsmarktlage sehr gering. Infolgedessen fällt bei den aus der Unterstützung des Arbeitsamtes wegen der neu eingeführten Hilfsbedürftigkeitsprüfung ausgeschiedenen Arbeitslosen die Haupttriebfeder — der Empfang der Unterstützung — für den üblichen Gang zum Arbeitsamt fort. Diese Arbeitslosen werden in den meisten Fällen, wenn der Gang weit ist und sogar noch Fahrgehalt erfordert, das Vorgesprechen beim Arbeitsamt jetzt einstellen. Wenn demnach die Reichsanstalt für die zweite Jahreshälfte ein Zurückgehen der Arbeitslosenziffer bei den Arbeitsämtern um 99 000 meldet, so ist dies nicht nur auf die saisonmäßige Belebung zurückzuführen, sondern auch auf die Einstellung der Unterstützung wegen mangelnder Hilfsbedürftigkeit. So weiß z. B. das Arbeitsamt Dortmund einen Rückgang der Unterstützungszahl durch Ausscheiden wegen mangelnder Hilfsbedürftigkeit fest schon um 20 000 zu berichten. Der Rückgang der Unterstützung infolge der saisonmäßigen Belebung bedeutet eine Verminderung der Ar-

beitslosigkeit, der Rückgang infolge Wegfalls der Hilfsbedürftigkeit bedeutet keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit, ist also von keinerlei arbeitsmarktpolitischer Bedeutung. Es verlieren demgemäß die Veröffentlichungen der Arbeitsämter und der Reichsanstalt über die Zahl der Unterstützungsempfänger als Gradmesser der Arbeitsmarktlage an Wert, da sie noch weniger als bisher alle Arbeitslosen erfassen.

Schon zeigen sich noch weitere Sorgen für die Unterstützungsempfänger und für die Gemeinden. Es ist kein Geheimnis, daß es vielfach nach der Senkung der Unterstützungssätze bei der Mu und Krü, den Unterstützten unmöglich ist, ihre Lebensnotdurft zu befriedigen. Eingehenden Aufschluß über diese Tatsache gaben die Verhandlungen im Preussischen Staatsrat vom 9. Juli 1932, in denen der Zentrumsvertreter Oberbürgermeister Rasch mit Recht betonte, daß nach den Kürzungen die Unterstügten in den Lohnklassen 4-8, insbesondere Familien mit größerer Kinderzahl erheblich geringere Unterstügungen erhalten, als die gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützten. Die praktische Folge wird jetzt die sein — wie der Zentrumsvertreter ausführte —, daß die in ihren Mu und Krü-Unterstützung Gefürzten keinen anderen Ausweg haben, als zu den gemeindlichen Wohlfahrtsämtern zu pilgern, wenn sie feststellen müssen, daß die gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützten mehr erhalten als sie und die Wohlfahrtsämter werden sich letzten Endes der allgemeinen Fürsorge für diejenigen, die unter den Nichtstügten der gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützung unterstügt werden, nicht entziehen können, welche Auffassung und ebenso wurde von ihm bejaht wurde; und ebenso wurde von ihm eine Angleichung durch weitere Senkung der gemeindlichen Unterstützungssätze abgelehnt. Da nun die Angleichung in dieser Form als unhaltbar bezeichnet wurde, andererseits die Gemeinden aber keine Mittel mehr zu zusätzlicher Unterstützung besitzen, wurde vom Staatsrat der Antrag einstimmig angenommen:

Die Staatsregierung zu ersuchen, alsbald bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß das Reich den Fürsorgeverbänden die für die Zusammenstügten erforderlichen Mittel bereitstellt.

Es geht wirklich nicht an, daß das Reich die von der Reichsregierung bei Erlaß ih-

Gewerkschaftsjugendtag in Düsseldorf

th. Am 18. September und die folgenden Tage findet in Düsseldorf der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften statt. Am Eröffnungstage treten die gewerkschaftlichen Jugendgruppen der christlichen Gewerkschaften mit einer großen Kundgebung an die Öffentlichkeit. Der Kongreß wird so bedeutungsvoll sein wie der Essener Kongreß von 1920. Stehen doch gerade in der heutigen Zeit viele lebenswichtige Fragen für die Arbeitnehmerschaft zur Verhandlung. Zwischen den Kongressen liegt die bedeutende Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsjugend, die kraftvoll und sich ihrer Aufgaben bewußt die Volksgemeinschaft erstrebt und festigen will im christlichen Sinne. Die christliche Gewerkschaftsjugend wird in Düsseldorf zu Tausenden von den großen Zielen der christlichen Gewerkschaftsbewegung sprechen, sie wird ihren Willen kundmachen für die Freiheit und Rechte der deutschen Arbeiterschaft, für deren Zukunft und für ein freies Deutschland.

Gerne erinnert man sich an den Reichsjugendtag der christlichen Gewerkschaften in Köln. Dieser Jugendtag war in seinem Aufbau und Ausmaß eine der bedeutendsten Jugendkundgebungen der letzten Jahre und nach den Vorarbeiten zu urteilen, dürfte die Düsseldorfer Kundgebung der Kölner in nichts nachstehen. In allen deutschen Gauen rüstet sich heute schon die christliche Gewerkschaftsjugend zur großen Fahrt nach Düsseldorf durch die Einführung einer Reisezwangsparaböhe. Auch in unserem Heimatbezirk trifft man umfassende Vorbereitungen für die Fahrt zum Kongreß.

rer Notverordnung vom 14. Juni 1931 dem Reich abgenommenen Lasten und die den Unterstügten abgezogenen Beträge ohne Beihilfe den Gemeinden ausbüßet.

Schon kommen bedenkliche Nachrichten von Gemeinden, die die Unterstügungen nicht mehr zahlen können. Es ist kein Geheimnis, daß, während in Preußen die Reichsregierung mit „starker Hand“ die bisherigen Minister absetzte, die Geldüberweisungen an die Gemeinden eine zeitweise Stöckung erfuhren, wodurch verschiedene Gemeinden in arge Bedrängnis gerieten. Man scheint über gewisse innerpolitische Streitfragen die drohende finanzielle Notlage mancher Gemeinden, hervorgerufen durch die steigenden Wohlfahrtslasten, zu übersehen. Es ist traurig, daß in Berlin bei dem im Vordergrund stehenden politischen Verhandlungen die sachliche Arbeit zur Hebung der Erwerbslosennot durch Inangriffnahme des Brüning'schen Arbeitsbeschaffungsprogrammes in den Hintergrund gedrängt wird. Auch auf diesem Gebiete will das Volk Leistungen sehen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß der jetzige Beauftragte einer Regierung, die so scharf gegen den „Wohlfahrtsstaat“ Stellung genommen hat, Herr Oberbürgermeister Bracht auf der Hauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumsparteien im Jahre 1927 in Köln gerade in bezug auf die soziale Fürsorge für die unteren Volksschichten sagte: „Was der Staat leistet, das empfindet man in erster Linie an den Leistungen der Gemeinden“.

Die Lage der arbeitslosen Jugend.

Ihr Gesundheitszustand und ihre geistige Haltung.

Die Beschränkung der finanziellen Unterstützung auf den kleineren Teil der Jugendarbeitslosen, ferner die niedrigen Unterstützungssätze für den allein stehenden Erwerbslosen, der aus diesen geringen Mitteln Miete, Kleidung und Nahrung zu bestreiten hat, haben zu einer schweren wirtschaftlichen Bedrängnis auch unter den Jugendlichen geführt. Zwar lauten die Berichte, welche das Deutsche Archiv für Jugendwohlfahrt und das Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern jüngst über den Gesundheitszustand der Jugendlichen herausgaben, noch nicht so schlecht, wie man erwartet hatte, doch wird das Befinden der Jugendlichen, die allein stehen oder deren Väter auch erwerbslos sind, allgemein als „schlecht“ bezeichnet. Gegenüber den Jungen ist der gesundheitliche Befund bei den Mädchen durchschnittlich ein wesentlich schlechterer.

Über die geistige Haltung der Jugendlichen lauten die Urteile sehr verschieden. Als wesentliche Begleiterscheinungen der Erwerbslosigkeit wurden beobachtet:

ein starkes Schwinden der Arbeitslust, die sich in einer allgemeinen Erschlaffung, einem „Sichgefallenlassen“, einer Abneigung, irgendwelche Widerstände zu überwinden, äußert. — Parallel hierzu geht eine Verminderung der Konzentrationsfähigkeit, da keine Aufgaben zur Sammlung und zum Einsatz zwingen. Das Zeitgefühl geht verloren. Der Jugendliche hat keine Vorstellung mehr von dem Wert der Zeit, verliert dementsprechend auch Gefühl und Reizung zur rechten Zeiteinteilung. Weiter ist eine allgemeine Verflachung feststellbar. Es fehlt dem Leben das eigentlich Ernsthafte, das Verantwortung verlangt. Besonders bedauerlich ist schließlich das Schwinden des Verantwortungsgefühls als Folge langanhaltender Arbeitslosigkeit. Solange noch irgendwelche Möglichkeiten gegeben werden, die aus der Not führen, zeigen die Jugendlichen ein stark entwickeltes Ehrgefühl, das aber durch die Dauer der Erwerbslosigkeit so geschwächt wird, daß sie zu Handlungen fähig sind, die ihnen vor einem Jahre selbst noch unmöglich erschienen wären. Deshalb sollte jede Betreuungsbewegung an den Jugendlichen damit beginnen, die Kräfte der Selbstwehr im Jugendlichen zu wecken und zu fördern.

Bei den langfristigen Erwerbslosen

wird die Stellung in der Familie immer schwieriger. Die häusliche Atmosphäre wird unter dem Druck der wirtschaftlichen Not von Tag zu Tag gespannter. Typisch sind Ausprüche von Jugendlichen wie: „Wenn man Arbeit hätte, würde ich mit meinem Vater auskommen“ oder: „Wenn man kein Geld nach Hause bringt, ist es mit der Liebe aus“. Deshalb mehren sich die Fälle, wo der Jugendliche entweder für den Tag auf die Straße geschickt wird, um sich tagsüber irgendwo selbst zu versorgen, oder auf die Landstraße geht als „Zippelbruder“. Bei dieser Gruppe ist besonders stark die Altersgruppe von 18 bis 21 Jahren vertreten. Fast die Hälfte aller jugendlichen „Wanderheimkehrer“ (6034 von 12 600) gehörte diesen Jahrgängen an.

Innerhalb des großen Heeres der Erwerbslosen bestehen neben den Unterschieden der beruflichen Herkunft (Ungelernter, Facharbeiter, Angestellter) auch noch die verschiedenartigsten Schichtungen. Zunächst zwei Gruppen, die sich durch ihre Stellung zu den „anderen“, zu den „noch im Beruf stehenden“ unterscheiden. Die eine Gruppe empfindet sich schon als besonderen „Stand“, als Abseitsstehende, während die zweite Gruppe verzweifelt und selbstschätlich um die Eingliederung in die Gesellschaft kämpft.

Weitere Differenzierungen bestehen in dem Grad der inneren Substanz und Bildungsfähigkeit bei den Erwerbslosen, die je nach der Widerstandskraft durch die lange Dauer der Erwerbslosigkeit aufgebraucht wurden oder nicht. Der untersten Stufe dieser Gliederungen gehören diejenigen an, die infolge intellektueller und körperlicher Mängel mit der Verschlechterung des Arbeitsmarktes als erste die Stellen verloren, durch die Länge der Erwerbslosigkeit innerlich aufgebraucht wurden und keine Aussicht sehen, bald wieder in den Arbeitsprozeß aufgenommen zu werden. Die Betreuung dieser Gruppe hat mit der Beschaffung der einfachsten Existenzbedürfnisse einzusetzen. Zu dieser Gruppe gehören jedoch nicht diejenigen, die auch in wirtschaftlich gefunden Zeiten wegen Arbeitsmangel dem Arbeitsplatz fernbleiben. Sie sind bei dem heutigen Arbeitsmangel sehr schwer zu erfassen, weil der konkrete Nachweis der Arbeitslosen nicht zu erbringen ist. Der obersten, aber auch dünnsten Schicht gehören diejenigen an, die tragenden Standort gefunden haben, von dem aus sie ihrem Schicksal standhalten. Es ist diejenige Schicht, die schon in wirtschaftlich gefunden Zeiten jede Möglichkeit vertiefter Bildung genutzt hat.

WAB.

Nus Westdeutschland.

Sölnner Chronik.

Sonntagsruckschiffahrt am Katholikentag in Essen.

Wp Söln, 16. Aug. Die Reichsbahn hat für den Katholikentag, der vom 31. August bis 4. September 1932 in Essen stattfindet, von sämtlichen Bahnhöfen der Direktionsbezirke Essen, Frankfurt a. M., Hannover, Kassel, Köln, Mainz, Münster i. W., Oldenburg, Trier und Wuppertal Sonntagsruckschiffahrt nach Essen bereit gestellt. Die Geltungsdauer dieser Karten ist wie folgt festgesetzt: Vom 31. August bis 2. September jeweils von 12 Uhr (mittags) bis 12 Uhr (mittags), wobei die Rückreise nach Ablauf dieser 24 Stunden beendet sein muß. Vom 3. September, 0 Uhr, bis 5. September, 24 Uhr, gelten die Karten ununterbrochen. Die Rückreise ist ab 3. September an jedem Tage zulässig; am 5. September, 24 Uhr, muß die Rückreise beendet sein.

Kalt-Nord — das Eldorado der Güterzugräuber.

Wp Söln, 16. Aug. Ueber Schieferereien, die sich in den letzten Nächten zwischen Bahnpolizeibeamten und Güterzugräubern auf dem Verschiebebahnhof Kalt-Nord ereigneten, werden in der Presse vielfach Meldungen verbreitet, die nicht oder nicht mehr dem wahren Sachverhalt entsprechen. Deshalb bittet uns die Ueberwachungsabteilung der Reichsbahn-Gesellschaft um Verbreitung folgenden Tatbestandes: Am gansen hat sich die Ueberwachungsabteilung in den letzten Tagen mit vier Fällen beschäftigt. Im ersten Falle wurden auf dem genannten Bahnhof zur Nachtzeit zwei Räuber, die bereits einen Güterwagen ausgerissen hatten, um ihn zu berauben, auf frischer Tat ertappt. Sie stüchteten, worauf ein Polizeibeamter ihnen einige Schüsse nachsandte. Am folgenden Tag hielt man Nachfrage in den Krankenhäusern, ob irgendwo ein Mann mit einer

Schuhverletzung eingeliefert worden sei. Tatsächlich wurde ein Mann mit einem Kopfschuss gemeldet. Man nahm natürlich zunächst an, daß es sich um einen der Räuber handele. Nach operativer Entfernung der Kugel stellte sich aber heraus, daß diese aus einer kleineren Pistole als bei der Bahnpolizei gebräuchlich, abgegeben worden war. Der Mann hatte mit einer Pistole hantiert, Ladehemmung gehabt und einen Kopfschuss aus Unvorsichtigkeit bekommen. Es steht einwandfrei fest, daß er als Täter nicht in Frage kommt.

Auf dem Bahnhof Gremberg wurde ein haltender Güterzug überfallen und beraubt. U. a. ging ein Posten Schutze mit. Bald darauf aber wurde ein Teil der Schutze wiedergefunden, die drei Räuber festgenommen und im Verhör zu einem Geständnis gebracht.

Im dritten Falle sahen zwei Polizeibeamte drei Männer auf den Bahnhof Kalt-Nord gehen, einen Wagen aufreihen und einsteigen. Die Beamten gingen auf den Wagen zu, mußten aber einen Lichtkreis passieren und wurden von einem der drei Räuber, der als Aufpasser dabei war, sofort beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer, wobei ein Räuber am Unterarm so schwer verletzt wurde, daß er sich den Beamten stellen mußte. Die anderen entkamen.

Beim vierten Fall schließlich handelt es sich um Verbandsstiefeldiebstähle, die vielfach von Mitgliedern radikaler Parteien ausgeführt werden, um an Verbandszeug zu kommen. Zwei Männer wurden in dieser Angelegenheit mit drei gestohlenen Verbandsstiefeln angetroffen und dadurch sofort überführt, worauf sie ein Geständnis ablegten.

Düsseldorf und Umgebung.

Die Einsetzung des Sondergerichtes in Düsseldorf.

Wp Düsseldorf, 16. Aug. Seit dem 12. August ist im Landgericht zu Düsseldorf das Sondergericht gemäß der Verordnung der Reichsregierung vom 9. d. M. eingerichtet. Es besteht aus drei Berufsrichtern und zwar einem Landgerichtspräsidenten als Vorsitzenden und zwei Landgerichtsräten als Beisitzern. Für das Landgericht Düsseldorf ist die Befugnis des Sondergerichtes, dessen Errichtung in die Gerichtsferien fällt, nur vorläufig für die Dauer der Gerichtsferien, also bis zum 15. September geregelt. Das Verfahren ist ein besonders beschleunigtes, was schon dadurch zum Ausdruck kommt, daß eine Vorunternehmung nicht stattfindet und daß der Vorsitzende nach Eingang der Anklageschrift die Hauptverhandlung sofort anberaumt. Ein Rechtsmittel gegen das Urteil des Sondergerichtes ist bekanntlich nicht gegeben.

Schwerer Dammbruch im Bergischen.

Ueberschwemmte Straßen, Gasleitung zerstört.

Wp Bergisch Gladbach, 16. Aug. In der vergangenen Nacht, gegen 0 Uhr, ist der etwa 60 Meter lange Damm eines Schlammweihers der Grube Weiß, der die Abwässer aus der Flotation enthielt, gebrochen. Etwa 20 000 cbm Schlamm und Wassermaßen ergossen sich zu Tal und überschwemmte die Provinzialstraße Köln-Elpe bei Oberbach auf eine große Strecke. Die stark beschädigte Fahrbahn wird für längere Zeit gesperrt bleiben müssen. Das ganze Tal zwischen Ober- und Unterbach ist völlig verschlammmt und bietet ein trostloses Bild. Die Befugnis des Landwirtes Jahn in Ober-Eschbach wurde fast völlig von den Schlammmassen überflutet. Das Vieh konnte mit Ausnahme von vier Kühen, die im Stall umkamen, mit knapper Not gerettet werden. Auch das Anwesen des Landwirtes Vogel in Unter-Eschbach und eine Hühnerfarm in Mittel-Eschbach wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Feuerwehren der ganzen Umgebung waren bald zur Stelle. Eine Arbeitskommission ist im Augenblick mit dem Bau eines 2,50 m breiten Dammes beschäftigt, um wenigstens den Fußgängerverkehr wieder in Gang zu setzen. Der Kraftverkehr mußte umgeleitet werden. Die Gasfernverleitung von Bergisch Gladbach ins Aggerthal wurde an einigen Stellen unterbrochen, so daß ganze Ortsteile ohne Gas sind. An der Bruchstelle fand man ein herrenloses Fahrrad, ob jedoch Menschenleben zu beklagen sind, steht noch nicht fest. Als Ursache für den Dammbruch nimmt man an, daß der Damm zu schwach war, und den durch den starken Regen der letzten Tage angewachsenen Wassermaßen nicht mehr standhielt. Die Straße von Wensberg nach Unter-Eschbach ist für den gesamten Fußgängerverkehr ebenfalls bis auf weiteres gesperrt.

Wp Bergisch Gladbach, 16. Aug. Der Dammbruch im Eschbachthal hat sich in seinen Folgen als weit katastrophaler herausgestellt, als ursprünglich angenommen wurde. Die Wasser- und Schlammansammlung hat mit einer unheimlichen Wucht den Weg in das enge Tal genommen und muß, wie aus den Spuren zu ersehen ist, auf den ersten hundert Metern des betroffenen, insgesamt 2 1/2 km langen Talbodes eine Höhe von 3 bis 4 Metern erreicht haben.

Wuppertal.

Die Zusammensetzung des Wuppertaler Sondergerichtes.

Wp Wuppertal, 16. Aug. Das auf

Tennisländerkampf Deutschland gegen England in Söln.

4:4 am ersten Tag.

Das diesjährige Großereignis im westdeutschen Tennisport, der Länderkampf der Damen und Herren von Deutschland und England, hatte am ersten Tage nicht die erwartete Zuschauermenge in den Ringerödter Sportplatz gelockt. An Ueberraschungen bei den teilweise ausgezeichneten Kämpfen fehlte es natürlich nicht. So hatte Betty Nuthall gegen Paula von Reznicek nichts zu bestellen und verlor glatt in zwei Sätzen, und sang- und klanglos verloren auch Hilde Krahwinkel-Kenne Peiß, das neue deutsche Meisterpaar, gegen Nuthall/Whittinghall.

von Reznicek-Deutschland und Betty Nuthall eröffneten den Kampf. Die Deutsche ging sofort zum Angriff über. 6:4 fiel der erste Satz an Frau Reznicek, die dann im zweiten Satz „Betty“ einfach überrannte und 6:1 gewann.

Nicht matt war das Spiel von Kenne Peiß gegen Heeley-England. Die Düsseldorferin kam überhaupt nicht ins Spiel und unterlag verdient 6:3, 6:4.

Glänzendes Tennis offenbarte der junge englische Student Lee in seinem Kampf mit Kourneb. Mit seinen prächtigen Vorhandschlägen sammelte er wichtige Punkte, spielte auch weit sicherer als sein Gegner. 6:4 und 6:3 fielen die Siege an den Engländer.

Haensch-Deutschland hatte in seinem Spiel gegen den Engländer Tinkler im ersten Satz bereits eine 5:1-Führung, als Tinkler Spiel um Spiel aufholte. Erst bei 6:6 riß sich der ziemlich nervös gewordene Dresdner etwas zusammen und brachte den Satz noch 9:7 an sich. Der Deutsche spielte im zweiten Satz weit konzentrierter und siegte 6:4.

Ohne viel Würze war das Doppel zwischen Tudeh/Wilde und Dr. Vuh/Wegel. Im zweiten Satz waren die Deutschen besser, gewannen diesen Satz auch 6:3, um aber den entscheidenden dritten Satz umso glatter mit 6:1 abzugeben.

Im Einzel holte Frau Schomburg gegen die noch etwas unerfahrene Engländerin Stammer einen weiteren Punkt. Die Deutsche verlor den 1. Satz 6:4. Dann hatte sich Frau Schomburg auf ihre Gegnerin eingestellt und gewann die beiden nächsten Sätze 6:1, 6:3.

Eine Enttäuschung war für die Deutschen unser neues Meisterpaar Krahwinkel/Peiß gegen Nuthall/Whittinghall. Die Engländerin kam überhaupt nicht ins Spiel. Nicht viel besser erging es Frä. Peiß. Die Britinnen ergänzten

Grund der Notverordnung hier eingefetzte Sondergericht setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen: Vorsitzender Landgerichtspräsident Dr. Heilmann, Beisitzer Landgerichtsrat Hönsta und Landgerichtsrat Dr. van Harten.

sich wundervoll. In kurzer Zeit hatten Nuthall/Whittinghall 6:1, 6:0 gewonnen.

Umso erfreulicher war dann der Sieg von Kourneb/Haensch im folgenden Doppel gegen Lee/Tinkler. Kourneb war gegen seine schwachen Leistungen im Einzel überhaupt nicht wiederzuerkennen und auch Haensch legte ein famoses Spiel hin. 5:4 führten die Gäste bereits im ersten Satz, als die Deutschen nicht mehr aufzuhalten waren und den bereits verloren geglaubten Satz noch 7:5 gewannen, den zweiten dann sogar leicht mit 6:2.

Am heutigen Mittwoch kommen noch sieben Spiele zum Austrag.

Sandel und Wirtschaft.

Kölnner Getreide-, Futtermittel- und Waren-Börse.

	16. 8.	12. 8.
Weizen, rot neu 74-74 1/2 kg	21.75	21.75
ausländischer	—	—
roggen neu 72-72 1/2 kg	17.00	17.00
nordb. 73-74 kg	—	—
ausländischer	—	—
Hafer, hiesiger	17.50 - 13.25	17.50 - 13.25
norddeutscher	19.25 - 15.75	19.25 - 15.75
ausländischer	—	—
Futtergerste, ausländ.	16.50	16.50
Wintergerste, inl.	—	—
Sommergerste inl.	18.25 - 19.00	18.25 - 19.00
Weizen, größer	19.50 - 20.00	19.50 - 20.00
kleiner	32.50	33.50
Weizenmehl inl.	—	—
mit Auslandsweizen	33.50	34.50
Weggenmehl 70% inl.	26.25	26.50
mit Auslandsroggen	26.00	26.50
roggenrot, inl.	21.25	21.25
roggenrot von Aus-	—	—
landsroggen	22.00	22.25
Weizenkleie große 1)	9.50 - 10.75	9.50 - 10.75
kleine 2)	8.25 - 8.50	8.25 - 8.50
roggenkleie 1)	10.50 - 11.25	10.50 - 11.25
viertel 2)	11.50 - 11.75	11.50 - 11.75
Erbsenmehl 38% 1)	11.75 - 12.00	11.75 - 12.00
Erbsenmehl 50% 1)	12.75 - 13.00	12.75 - 13.00
54% 1)	—	—
Soya (gerastert)	11.25 - 11.50	11.25 - 11.50
46% 1)	—	—
Maismehl 38%	8.75	8.75
Palmermaismehl 1, 21%	9.25 - 10.00	9.25 - 10.00
Trockenschwefel, lose	10.50 - 11.00	10.50 - 11.00
Zucker, lose	8.00 - 8.75	8.00 - 8.75
Stroh-Melasse	4.00 - 4.50	4.00 - 4.50
Weizenheu, inl., lose	—	—
gepr.	5.60 - 6.20	5.60 - 6.20
Strohheu, inl., lose	—	—
gepr.	—	—
ausl.	—	—
roggenstroh, gepr.	1.30 - 1.60	1.30 - 1.60
Weizenstroh, gepr.	1.30 - 1.60	1.30 - 1.60
Haferstroh, gepr.	—	—
1) Brutto mit Sack	—	—

Vom Kölner Hauptmarkt.

16. Aug. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln Industrie 2,60-2,80, Nieren 3-3,20, A. der Zentner, Einmachbohnen 12-15, Strauchbohnen 7-10, Wachsbohnen 13-15, Bohnen 10-12, Erbbohnen 13-18, dicke Bohnen 10-12, Erbsen 13-14, Tomaten 10-12, Zwiebeln 5-6, Einmachzwiebeln 12 bis 15, Möhren 4-5, Karotten 4-6, weiße Rüben 7-8, Spinat 5-8, Pfefferlinge 20-22 Pfg. das Pfund, Mangold 1-2, Möhren 3-4, Rübchen 1-2, Radieschen 2-3 Pfg. das Pfund, Gurken 10-15, Rettich 3-6, Kohlrabi 2-3, Kopfsalat 3-8, Endivien 5-9, Blumenkohl 10-25, Weißkohl 5-8, Rotkohl 6-8, Wirsingkohl 5-10 Pfg. das Stück, Einmachgurken 60-70, Salzgurken 100-160 Pfg. die 100 Stück, Eier 6,8 bis 8,5 Pfg. das Stück, Molkebutter 1,00 bis 1,60 M, Landbutter 1,00-1,10 M das Pfund, Röhrlin 5-13, Späpfe 14-18, Röhrlin 8-13, Späpfe 15-25, Reineisen 18-20, Mirabellen 15-33, Pflaumen 18-22, Zwetschen 20-23, saure Äpfel 25-35, Johannisbeeren 22-24, Himbeeren 40-45, Johannissträuben 14-15, Preiselbeeren 20-25, Pflirsche 20-27 Pfg. das Pfund.

Vom Bonner Hauptmarkt.

Donn, 16. Aug. Gezahlt wurden im Großhandel (in Pfg. für ein Pfund und für rheinische Ware): Kartoffeln blaue 3tr. 4,50-5,00, hiesige Industrie 3tr. 2,80-3,20, Oberl. Kartoffeln 2,80 bis 3,30, Wirsing 5 bis 7, Spitzkohl 2, Blumenkohl 10-15, Knoblauch 60 bis 80, Spätpflaumen 11-13, Stangenbohnen 11-13, Erbsenbohnen 7-8, Wachsbohnen 10 bis 12, Erbsenbohnen 14-17, dicke Bohnen in Schoten 9-11, Erbsen in Schoten 15-18, Kohlrabi 3, Möhren 3-4, Karotten 3-4, Rettich weiß 3-8, schwarz 3-8, Meerrettich 20-40, Radieschen 3-5, bis 4, Gurken 10-15, Einmachgurken 100 Stück 50-55, Spinat 8-10, Suppengrün 3-5, 10-15, Kopfsalat 3-5, Endivien 5-10, 4-6, Zwiebeln 7-9, Pfefferlinge 20-22, Möhren 12-15, Kefel 8-15, Birnen 10-18, Blaubeeren 30-32, Johannisbeeren 12-13, Röhrlin 20-22, halbsaure 22-25, Mirabellen 20 bis 25, Pflirsche 5-35, Pflaumen blaue 20-23, Trauben 30-35, Deutsche Trüffeln 9-10, Eier 7-8, 5-8, Molkebutter 120-135, Landbutter 110-120.

Die erste Hälfte in gebührlicher Höhe den ganzen Geschäftsverfall und fängt noch hinzu, daß die... (text continues vertically)

Die erste Hälfte in gebührlicher Höhe den ganzen Geschäftsverfall und fängt noch hinzu, daß die... (text continues vertically)

Brühl und Umgebung

Brühl, 17. August.

Ein Unterschlagung größeren Umfanges kam die hiesige Polizei auf die Spur. Seit längerer Zeit hatten Angestellte eines größeren hiesigen Geschäftshauses Waren unberechtigt verausgabt, von denen der Firmeninhaber keine Kenntnis hatte. Die Ware wurde mit Lastwagen, der in den Hof der Firma fuhr, abtransportiert. Die Polizei stellte fest, daß als Hauptabnehmer ein Vertreter aus Köln in Frage kam. Sie veranlaßte seine Festnahme. Auch ein hiesiger hat Waren von den Angestellten in Empfang genommen und in Köln auf der Salzgasse vertrieben. Um eine Verdunkelung der Sache zu verhüten und weil sich die Frau des Vertreters noch in Freiheit befand, mußten 4 Angestellte der Firma festgenommen werden. Die Inhaftierten legten unter dem Druck des belastenden Materials ein Geständnis ab. Sie gaben zu, daß im hohen Maße geschenkte Vertrauen ihres Arbeitgebers mißbraucht zu haben. Eine Notlage, die ihre Handlungsweise zu billigen geeignet gewesen wäre, lag bei keinem der Beschuldigten vor. Nach polizeilichen Feststellungen wurde der Entlass aus der rechtskräftigen erlangten Ware in Kölner Vergnügungststätten verausgabt. Ein Angestellter hat lediglich geringe Beschuldigung angenommen. Eine aktive Beteiligung an den Schiebung liegt bei ihm nicht vor. Außer dem Abholen der Ware mit Lastwagen erfolgte aber auch Abgabe im Laden an den Vertreter und dessen Frau unentgeltlich. Die Hauptanziehungskraft muß dem Vertreter in Köln zugeschoben werden. Es steht fest, daß dieser immer und immer wieder auf Lieferung von Waren gedrängt hat. Der Wert der erschwindelten Ware beträgt einige tausend Mark.

Ein Fahrradmarder gefaßt. Am Dienstag mittag wurde in Brühl auf der Römerstraße ein Fahrrad gestohlen. Die Polizei nahm sofort die Ermittlungen auf. Der Täter konnte von einem Brühler Polizeibeamten, der ihm nachgefahren ist, auf der Militärringstraße in Köln gestellt und festgenommen werden. Das Rad wurde ihm abgenommen und der Dieb dem zuständigen Kölner Polizeibeamten vorgeführt.

Eine Unverschämtheit. Eine Frau, die das Krankengeld für ihren erkrankten Mann geholt hatte, betrat ein hiesiges Lokal, um auszuruhen. Sie legte ihre Geldbörse einem Augenblick auf den Tisch und entfernte sich. Als sie zurückkam, war die Geldbörse verschwunden. Die sofort herbeigerufene Polizei durchsuchte im Lokal einige Leute. Es wurde festgestellt, daß ein Verdächtiger das Lokal gleich nach der Frau verlassen hatte. Mit ihm wurde der Hof, auf den er gegangen war, abgegrüßt. Hinter einer Tür fand man die Geldbörse, deren Inhalt noch vorhanden war. Der

Mann wurde festgenommen. Er gab den Diebstahl zu.

Wieder ein Kind von dem Affen gebissen. Von dem Affen des Zirkusunternehmens an der Ziblarerstraße ist am Montag wieder ein Kind gebissen worden. Es ist jedoch Borkkehrung getroffen worden, daß weitere Unfälle vermieden werden.

Ein Sonderzug Köln - Limburg Braubach fährt am Sonntag, 21. August. Der Zug geht ab Brühl 7.15 und ist in Niederlahnstein 8.34, Bad Ems 8.50, Nassau 9.00, Diez 9.26, Limburg 9.33. Die Abfahrt am Abend erfolgt ab Limburg 20.25, Diez 20.32, Nassau 20.59, Bad Ems 21.11, Niederlahnstein 21.30. Die Preise betragen ab Brühl bis Braubach (in Niederlahnstein umsteigen) 3.60, bis Bad Ems 3.80, bis Nassau 4.20, bis Diez 5.—, bis Limburg 5.20.

Pingsdorf: Lebensrettung. Montag nachmittag rettete Peter Schwingler aus Pingsdorf einem Volkschüler aus Seßtem, der bei Wesseling im Rhein badete, das Leben. Der Junge war des Schwimmens unfähig und wagte sich zu weit in die Strömung hinein und geriet in die Wirbel an der Kribbe. Mit Ausbietung aller Kraft und unter Einsatz seines eigenen Lebens gelang es P. Schw. den Jungen zu retten. Hoffentlich dient der Fall dazu, alle des Schwimmens unfähigen vor dem Baden im offenen Rhein zu warnen. Dem Lebensretter für seine uneigennütige Tat ein kräftiges „Bravo“.

K. A., Lehrer.

Hygiene und Hygiene

Man kann es den Menschen nie recht machen. Im Winter ist es ihnen zu kalt, im Sommer zu heiß. Diese „Bullenhygiene“ hört man allenthalben, „wenn es sich doch wenigstens abkühlen wollte.“ Der Mensch vergißt, daß die Natur in dieser Jahreszeit diese ungeheure Sonnenhitze braucht.

Gegen Kälte kann man sich schützen, gegen Hitze nicht, solche Worte hört man oft. Sind sie richtig? Nein. Es gibt mehrere Möglichkeiten, sich vor der großen Hitze zu schützen. Schon die Wohnräume kann man kühler halten, wenn sie morgens gut durchlüftet werden, wenn man Zugluft macht und nachher die Fenster nach der Sonnenhitze durch Jalousien abdichtet. Wer den Fußboden häufig feucht aufwischt oder öfter größere nasse Tücher aufhängt, lindert schon die Wärme in den Räumen wesentlich. Aber auch bei der Kleidung gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Sie kann im Sommer nicht leicht genug sein. Die Damen gehen hierbei den Männern mit gutem Beispiel voran. Leider kann sich die Männerwelt noch immer nicht vom steifen Tragen, von Westen, Gamaschen, Schürstiefeln usw. freimachen. Allenfalls läßt man den Hut zu Hause, aber das ist auch

nicht immer richtig, denn bei Kahlköpfen wird dadurch die Gefahr des Sonnenstiches — zumal in den Mittagsstunden bei senkrechter Sonnenstrahlung — heraufbeschworen.

Zuviel Kleidung macht matt, fördert den Schweißausbruch und bringt die Gefahr von Erkältungen. Es ist eigenartig, daß man sich im Sommer fast leichter erkälten kann, als im Winter. Das liegt zum Teil an der Sorglosigkeit, mit der man sich schweißbedeckt jedem Zugwind aussetzt. Eine weitere Gefahr bei der großen Hitze bildet der Durst. Den Fehler, den Durstige oft machen, Getränke möglichst kalt hinunterzuschlucken. Der durch den großen Temperaturunterschied ganz plötzlich erregte starke Reiz kann zu den schwersten Schädigungen aller möglichen Organe führen. Auch bei Eisgetränken ist eine gewisse Vorsicht am Platze. Wasser zum Trinken, wenn es nicht in zu großen Mengen geschluckt wird, im allgemeinen nicht schaden. Man soll das Gutes beim Obst wie beim Wasser, nicht zu viel tun. Obst allein löst den Durst schon genug. Ein Fehler ist auch das kalte Baden ohne jede Vorbereitung. Man darf nicht, verleitet durch das Erreichen eines munter dahinsprudelnden Baches, sofort mit einem kalten Bade die müden Glieder zu erfrischen suchen. Hier gilt dasselbe wie beim kalten Trinken. Wie manche Herzschädigungen würden vermieden, wenn die Torheit des zu kalten Badens bei überhitztem Körper nicht begangen worden wäre.

Pilgerfahrt nach Rom.

Die Volkswallfahrt nach Rom am 25. August ist wohl der größte diesjährige Pilgerzug, der vom Heiligen Vater in Audienz empfangen wird. Nach einem feierlichen Einzug in St. Peter findet anschließend eine Papstmesse statt. Der Veranstalter, der Katholische Deutsche Frauenbund, Frankfurt am Main, Mainzerlandstraße 88 wird in Kürze die Anmeldebüsten schließen müssen!

Briefkasten.

Ausfälle unter dieser Rubrik werden nur Belegern der B. Z. erteilt und sind unentgeltlich. Anfragen sind nur schriftlich unter Nennung des Namens und Bestimmung der Zeitung einzureichen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden.

E. A. in Bergdorf. Der Vater ist selbstverständlich seiner Tochter gegenüber unterhaltungspflichtig, dem Kinde gegenüber dann, wenn ihr Sohn zur Unterhaltsleistung nicht instande ist. Das mütterliche Erbe kann die Tochter ohne weiteres beanspruchen. Dieses darf ihr nicht verweigert werden. Selbst wenn der Vater durch Testament Alleinerbe wäre, so stünde ihr zumindest der Pflichtteil zu, der in der Hälfte des gesetzlichen Erbteils besteht.

Schüler R. L. Das Alter des chinesischen Reiches wird auf 4500 Jahre geschätzt. Vor dieser Zeit sollen die Chinesen zwischen Gholan und Lop Nor am Südrande des Tarimbeckens ansässig gewesen sein, wo die meisten von ihnen wahrscheinlich ein unglückliches Nomadenleben führten. Ob sie —

wie die Gelehrten Douglas und Terrien de la Couperie meinen — von den Affadern des Mittelaltums abstammen, ist zweifelhaft. Best steht nur, daß die Chinesen mit der indischen und afrikanischen Kultur in sehr nahe Berührung gekommen sein müssen. Die Nordchinesen sind viel größer und haben eine hellere Hautfarbe als die Südchinesen.

Meinungsaustausch

Zu unserem Bericht über den Affenbiss eines Kindes wird uns folgendes mitgeteilt:

Es ist nicht richtig, daß der Affe an der kurzen Leine gebunden gewesen ist bei Ausübung der Tat, sondern es ist festgestellt worden, daß dies erst in raffinierter Weise von dem Zirkusbesitzer nach der Tat geschehen ist. Die Leine ist so lang gewesen, daß der Affe eine große Bewegungsfreiheit hatte, daß das Kind — es handelt sich um mein Kind — aus weiterer Entfernung von dem Affen unter den Wagen gezogen werden konnte. Zur Sache selbst geht meine Meinung dahin: Als Vater des Kindes habe ich, wohlverstanden zum Schutz der Allgemeinheit, sofort die Polizei in Kenntnis gesetzt, nicht um mir persönlich eine Rechtsgrundlage zu schaffen da ich weiß, daß die Leinen Leuten doch nichts zu holen ist. Zum Schutz der Allgemeinheit, also um weitere Fälle, die ja gekommen sind, auszuschalten, habe ich versucht, zum zweiten Male bei der Polizei darauf hinzuwirken, daß das Tier eingesperrt würde. Daß meine Auffassung richtig gewesen ist, hat der nächste Überfall des Tieres auf ein anderes Kind, welches auch in Begleitung eines größeren Kindes gewesen sein soll, wie mein Kind, bestätigt. (Es laufen Gerüchte um, daß das wütende Tier vor der Tat an meinem Kinde, schon ein anderes Kind gebissen hatte.) Mein Standpunkt war der, daß das Tier nicht erschossen werden sollte, sondern, daß eine Einsperrung des Tieres das richtige Verfahren gewesen wäre. Die Unglücke hätten also durch die starke Hand der Polizei vermieden werden können. Die Einwendung, Kinder dürften ohne Begleitung Erwachsener nicht zu einem solchen Unternehmen hingehen, dürfte sehr fragwürdig sein.

J. D.

Verantwortlich: Peter Decker, Brühl.
Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Decker GmbH, Brühl.

Diese gute Idee konnte nur eine Frau haben! Nämlich das altmodische Sand-Teife-Soda-Gerät, mit dem man wenig anfangen konnte, durch den zeitgemäßen Wandhalter für Persil, Ala und Mli zu ersetzen. Das Umfallen und Nachgeben der Packungen hat damit aufgehört und — die Laufereien! Denn mit einem Griff haben Sie jetzt das zur Hand, was Sie gerade brauchen. Den 17. Groschen für das schmutzige nützliche Ding werden Sie niemals nachtrauern. In allen besseren Haushaltgeschäften ist der Wandhalter zu haben.

Zwangsversteigerung.

Am 23. August 1932, 9.15 Uhr soll an der Gerichtsstelle, Ziblarerstraße 12 — Sitzungssaal — nachbezeichnetes Grundstück versteigert werden:

Gemarkung Brühl Flur M Parzelle Nr. 1898/217, Wohnhaus mit Abort, Kellerraum, Lagerraum und Hofraum, Kampfbühlstraße 17, groß 1 a 29 qm, Nutzungswert RM 480.

Amtsgericht Brühl (Bez. Köln).

Zwangsversteigerung.

Am 23. August 1932, 9.30 Uhr sollen an der Gerichtsstelle, Ziblarerstraße 12 — Sitzungssaal — folgende Grundstücke versteigert werden:

Gemarkung Brühl Flur M Parzellen Nr.: 1804/476, Hofraum, Uhlstraße 58.

a) Wohnhaus mit Hofraum und Anbau, Wert RM 642;

b) Hintergebäude, Nutzungswert RM 18.— groß 1 a 60 qm.

1805/478 Hausgarten, dafelst, groß 2 a 77 qm.

Die Versteigerung erfolgt zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft.

Amtsgericht Brühl (Bez. Köln).

Die so überaus notwendige Verbindung zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten und Ständen von Brühl-Stadt und -Land, bildet die über 30 Jahre im

Dienste des Gemeinwohls

stehende Heimat-Zeitung, — — — die

BRÜHLER ZEITUNG

Freiandgesellschaft

Verkauft im Auftrage einer Bank

MOBEL

teils neu, teils wenig gebraucht zu festgesetzten Niedrigpreisen auch billig, ebenfalls wird ein Lager in Teppichen, Gardinen u. Kissenstoffen besetzt, preiswert verkauft.

Möbinka

Freiandgesellschaft, Brühlstraße 19, im Döbhaus.

Briketts

bis 31. Aug. billige Sommerpreise.

Gerh. Wind, Brühl, Mühlstr. 32, Tel. 2334.

Fail-Obst

zu verkaufen.

Kaiserstraße 55.

Preise

von denen man spricht

Damensohlen RM 1.75
Damenabsätze RM 0.65 — 0.85
Herrensohlen RM 2.70
Herrenabsätze RM 0.95 — 1.15

Nur erste Qualität!

Rat und Hilfe bei Fußleiden

Damenschuhe m. Einl. v. RM 22.00 an
Herrenschuhe von RM 25.00 an
Einlagen schon von RM 1.95 an

Lieferant der Krankenkassen und Behörden.

Alfons Böswald

Schuhmachermelster, — Uhlstraße 93

Abholen und Zustellen frei Haus.

Ingenieurschule
Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Landw., Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik
Werkmeisterschule

Technikum
Lage
Lippe

Bauschule
Architektur, Baugewerkwesen, Eisenbau, Tonindustrie, Ziegeleien, Ziegmest.

Lehrpläne

frei

Doppelherz

GIBT BLUT-KRAFT-U. STARKE NERVEN

VERBLÜFFENDE ERFOLGE

PROBEFLASCHE 1.95 • GROSSE FLASCHE 3.70 u. 4.65

DOPPELHERZ-DROGERIES 150 •

Niederlage: Drogerie P. Schmitter, Kölnstr. 15.

3 Zimmerwohnung
Eckhaus, Kölnstraße 101, zu vermieten. Mietpreis RM 32.—

Zu erfragen: Herzog, Gartenstr. 6.

Ein großes

Zimmer

Mitte der Stadt zu vermieten.

Ang. u. M 3000 a. d. Gsch.

Abgeschlossene 2. Etage

3 Zimmer u. Küche

Spind, Bad und Balkon ab 1. Oktober zu verm.

B. erfr. i. d. Gschft. 2.

Lehrerin

sucht zum 1. Sept. oder später in Kierberg, in Nähe Kaiserstraße

3-4 Zimmer-wohnung

Ang. u. M 3001 a. d. G.

2 schöne lustige

Zimmer

von jungem Ehepaar gesucht.

Angebote unt. C 3003 an die Geschäftsst.

EISU. Stahl- u. Holz-

Schulhaus, Kinderbett, Stahlrohr, Stahl, an jeden Teil, Katal. f. Baumaterialien (Sach. Gsch.)

Betten

Junges, ruh. Ehepaar

sucht zum 1. Septemb

2 schöne lustige

Zimmer

zu mieten.

Ang. unter M 3002 an die Geschäftsstelle.

Nicht teurer

wie jede Konkurrenz

ist die

Leistungsfähigkeit

der Firma

Jansen,

Brühl — Ruf 2312

Uhlstraße 116.

Finanzierungen,

Synotheken

beschäftigt diskret

Ang. u. M 424 a. d. Gsch.

4000 RM

gegen Eintragung an

sicherer Stelle von

pünktlichem Rückzahl-

er gesucht.

Ang. u. M 2002 a. d. Gsch.

Junge fette

Suppenhühner

lebend Gew. 1 1/2 bis 2 Pf.

Uhlstraße 129.

Insperieren

führt

zum Erfolg!

„Wie viele Male muß man hier nach dem Zimmermädchen hingeln?“

